



Zwei Generationen: Marina Weisband (links) und Charlotte Knobloch forderten, die Demokratie und ihre Errungenschaften entschieden gegen Hass und Ausgrenzung zu verteidigen.

© picture-alliance/dpa/Michael Kappel

»Passen Sie auf!«

GEDENKSTUNDE Erinnerung an die Opfer der NS-Herrschaft und Appelle gegen die Spaltung

Die Zeit hat keine Macht über diese Erinnerungen. Sie hat aus meinem Gedächtnis all die Gräueltaten, die ich gesehen und aufgenommen habe, nicht verdrängt.“ Das sagte der russische Kameramann Alexander Woronzow noch Jahrzehnte später über jene Tage Ende Januar 1945. Die Rote Armee hatte am 27. Januar das größte Konzentrationslager der Nationalsozialisten, Auschwitz-Birkenau, auf ihrem Weg nach Westen befreit. Die Filmaufnahmen Woronzows, im Auftrag der Roten Armee entstanden, führten der Welt ein bis dahin nicht gekanntes Menschheitsverbrechen vor Augen: Tausende ausgemergelte Gestalten, mehr Skelette als lebendige Wesen, hatten die Nazis nach ihrem fluchtartigen Abzug aus dem Lager dort zurückgelassen. Als die Soldaten die Auschwitz-Lager erreichten, waren viele der etwa 7.500 dort verbliebenen Häftlinge in einem lebensbedrohlichen Zustand. Aber das wahre Ausmaß der Katastrophe war in jenen Tagen noch gar nicht absehbar: Mehr als eine Million Menschen, vor allem Juden, hatten die Nationalsozialisten allein im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Die Macht der Erinnerung: Dass sie stärker ist als die Zeit, wie von Woronzow beschrieben, konnte man im Bundestag in den vergangenen Jahren oft erleben. Seit 1996 ist der 27. Januar gesetzlich verankerter Gedenktag, den Opfern der nationalso-

zialistischen Gewaltherrschaft gewidmet. Jedes Jahr findet deshalb eine Gedenkstunde statt, in der Gastredner, meist Überlebende des Holocaust, über ihre Geschichte berichten. Und jedes Mal konnte man sehen und hören, wie die Macht der Erinnerungen Stimmen vom Stocken bringen. Das war auch in diesem Jahr nicht anders. Am Pult stand die 88-jährige Charlotte Knobloch. Sie hat als eine der bekanntesten Vertreterinnen der jüdischen Gemeinden in Deutschland (siehe Kasten) schon viele Reden gehalten. Und nun ging es um das dunkelste Kapitel ihrer eigenen Familiengeschichte, in der sie den Tag des Abschieds von ihrer Großmutter, die ihr die Mutter ersetzte, als den „schwersten Moment meines Lebens“ bezeichnete. „Weinend klammerte ich mich an sie - an Liebe, Zärtlichkeit, Geborgenheit. Sie werden für lange Zeit aus meinem Leben verbannt sein.“ Sie war damals neun Jahre alt. Dennoch kann Knobloch, 80 Jahre nach diesem Ereignis vor dem Bundestag sagen: „Ich stehe vor Ihnen als stolze Deutsche.“ 1945 hätte sie sich das nie träumen lassen. Sie hatte den Zweiten Weltkrieg überlebt, versteckt unter falscher Identität auf einem Bauernhof in Franken. Aber sie wollte

nicht zurück nach München, „nicht zurück zu den Leuten, die uns in jeder Form gezeigt haben, wie sehr sie uns plötzlich hassten“, beschreibt sie die Empfindungen von einst. Letztlich entscheidet sich die Familie doch gegen die zunächst so ersehnte Auswanderung - bleibt und engagiert sich. Der Weg zu diesem Stolz, er war lang und steinig. Knobloch beschreibt, wie sich die Bundesrepublik aus dem Schweigen der Nachkriegsjahre befreite. „Es wuchs die Erkenntnis, dass Auseinandersetzung und Aufarbeitung unerlässlich sind für das Bauen der Zukunft. So konnte auf jüdischer Seite das Vertrauen wachsen - in die neue Bundesrepublik, in der es gelang, auf den Trümmern der Geschichte eine tragfähige freiheitliche Demokratie zu errichten.“ All diese Errungenschaften, auf die sie so stolz ist: Sie sind in Knoblochs Augen jedoch in Gefahr. Auch in Deutschland erlebe man wieder Spaltung, Polarisierung und aggressive Erregung. Dabei gehe es nicht nur um jüdische Menschen. Wo Antisemitismus Platz habe, könne jede Form von Hass um sich greifen. „Worte sind die Vorstufen von Taten“, warnte sie und appellierte eindringlich an die Anwesenden: „Ich hatte meine Heimat verloren. Ich habe für sie ge-

kämpft. Ich habe sie wiedergewonnen. Und ich werde sie verteidigen!“ sagte Knobloch und fügte hinzu: „Ich bitte Sie, passen Sie auf auf unser Land!“

Viefältiges Judentum Der Stab der Erinnerung, den die wenigen noch lebenden Zeitzeugen nun an die nächste Generation weitergeben, er wurde am vergangenen Mittwoch symbolisch an die 33-jährige Publizistin Marina Weisband überreicht, die als zweite Gastrednerin sprach. Sie war 1994 mit ihren Eltern aus der Ukraine nach Deutschland ausgewandert - wie tausende sogenannte jüdische Kontingentflüchtlinge auch. „Ich darf hier stehen als Repräsentantin der Nachgeborenen, einer

Generation von jungen Jüdinnen und Juden, die alle ganz verschieden sind“, betonte die ehemalige Geschäftsführerin der Piratenpartei. Sie habe mit diesem Land sehr positive Erfahrungen gemacht. „Ich hatte das Gefühl, diese Gesellschaft geht mich etwas an. Ich bin Teil von ihr.“ Aber: „Auch hier ist es für uns noch immer zu gefährlich, sichtbar zu sein.“ Sie höre oft, sagte Weisband, dass „wir einfach nur Mensch sein sollen“. Dies bedeute aber, dass Strukturen von Unterdrückung unsichtbar gemacht werden. Jede Unterdrückung wie Sexismus, Rassismus oder Antisemitismus lebe davon, dass sie für die Nichtbetroffenen unsichtbar ist. „Die Überzeugung, dass es Menschen gibt, die in dieser Gesellschaft mehr Platz verdienen als andere, ist nicht ausgestorben“, stellte sie fest.

Als „Geschichte der Widersprüche“ hatte auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble die 1.700-jährige deutsch-jüdische Geschichte bezeichnet. Sie kenne Zeiten der Toleranz und der Ausgrenzung. Wellen der Verfolgung genauso wie Erfolge in Kunst und Kultur. „Und ein Menschheitsverbrechen.“ Dass Juden nach Jahrzehnten der Zuwanderung wieder über Auswanderung nachdächten, „beschämt uns“. Er resümierte: „Unsere Erinnerungskultur schützt nicht vor neuen Formen des Rassismus und Antisemitismus, wie sie sich auf Schulhöfen, in Internetforen oder Verschwörungstheorien verbreiten.“

»Ich habe meine Heimat wiedergewonnen. Und ich werde sie verteidigen!«

Charlotte Knobloch

STICHWORT

> Charlotte Knobloch geboren 1932 in München; Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland.

> Marina Weisband geboren 1987 in Kiew, kam 1994 mit ihrer Familie als Kontingentflüchtling nach Deutschland. Die Publizistin war Geschäftsführerin der Piratenpartei Deutschland.

Claudia Heine

GASTREDEN

Immer wieder berichteten Zeitzeugen in der Gedenkstunde im Bundestag über ihr eigenes Er- und Überleben des Holocausts und das ihrer Angehörigen (Auszüge):

1998: Yehuda Bauer, Leiter der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem

„Der Nationalsozialismus war wohl die radikalste Revolution, die je stattgefunden hatte – ein Auflehn gegen das, was man bis dahin als Menschlichkeit betrachtet hatte. Der Kern der Vernichtungsstrategie gegenüber sogenannten Andersartigen war der Holocaust, der Plan der totalen Vernichtung des jüdischen Volkes (...) Und das Fürchterliche an der Shoa ist eben nicht, dass die Nazis unmenschlich waren; das Fürchterliche ist, dass sie menschlich waren – wie Sie und ich.“

2004: Simone Veil, französische Politikerin, ehemalige Präsidentin des EU-Parlaments

„Als Voraussetzung für eine freie Zukunft braucht dieses versöhnte Europa ein dauerhaftes Fundament, das auf zwei Pfeilern beruht: Weitergabe der Erinnerung und Demokratie. Europa war es sich schuldig, ein Vorbild für Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zu sein. Es musste die Lehren aus den totalitären Erfahrungen seiner bleischweren Vergangenheit ziehen und allen seinen Bürgern größtmögliche Freiheit im Rahmen eines solidarischen und friedlichen Miteinanders bieten.“

2008: Lenka Reinerová, tschechische Schriftstellerin

„Ich überlebte, weil ich am Tage der Besetzung nicht im Lande weilte. Und so begann für mich das Exil. Unter anderem saß ich in Paris ein halbes Jahr in Einzelhaft, im berüchtigten Frauengefängnis La Petite Roquette, das es zum Glück nicht mehr gibt, danach ungefähr zwei Jahre im Internierungslager für lästige Ausländerinnen RIEUCROS. Dank der Bemühungen guter Freunde (...) bekam ich ein Visum und eine Schiffskarte nach Mexiko.“

2010: Shimon Peres, israelischer Staatspräsident

„Die Shoa muss dem menschlichen Gewissen stets als ewiges Warnzeichen vor Augen stehen; als Verpflichtung (...) zur Gleichberechtigung aller Menschen, zu Freiheit und Frieden. Die Ermordung der Juden Europas durch Nazi-Deutschland darf nicht als ein ‚schwarzes Loch‘ betrachtet werden, als ein Todesstern, der das Licht schluckt und die Vergangenheit gemeinsam mit der Zukunft verschlingt.“

2011: Zoni Weisz, Vertreter der Sinti und Roma aus den Niederlanden

„Es ist menschenunwürdig, wie Sinti und Roma, insbesondere in vielen osteuropäischen Ländern wie zum Beispiel Rumänien und Bulgarien, behandelt werden. Der weitaus größte Teil ist chancenlos, hat keine Arbeit, keine Ausbildung und steht ohne ordentliche medizinische Versorgung da. (...) Wir sind doch Europäer und müssen dieselben Rechte wie jeder andere Einwohner haben.“

2013: Inge Deutschkron, Journalistin und Autorin

„Nichts konnte darüber hinwegtäuschen, dass die Lage der Juden von Berlin immer kritischer wurde. (...) Um unsere Ausgrenzung perfekt zu machen, wurden die Telefonkabel durchschnitten, nahm man uns die Radioapparate weg. Der Gang zum Friseur wurde verboten, sowie das Waschen unserer Wäsche in einem Salon. Seife durfte uns nicht verkauft werden. Auch Eier und Kuchen nicht.“

2018: Anita Lasker-Wallfisch, Cellistin, Überlebende des Mädchenorchesters Auschwitz

„Muss man wirklich fragen: Warum? Es gibt weder Entschuldigungen noch Erklärungen für das, was damals geschehen ist. Alles, was bleibt, ist Hoffnung, die Hoffnung, dass womöglich letzten Endes der Verstand siegt. (...) Ich hatte geschworen, nie wieder meine Füße auf deutschen Boden zu setzen. Mein Hass auf alles, was deutsch war, war grenzenlos. Wie Sie sehen, bin ich eidbrüchig geworden – schon vor vielen Jahren, und ich bereue es nicht. Hass ist ganz einfach ein Gift, und letzten Endes vergiftet man sich selbst.“

Auswahl: che

Die Lektion des Holocaust

GEDENKTAG Vor 25 Jahren erklärte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Es ist vor allem die so genannte „Ruck-Rede“, mit der der Name Roman Herzogs bis heute eng verknüpft ist. Doch von weitreichender historischer Bedeutung ist die Entscheidung des ehemaligen Bundespräsidenten, den 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus einzuführen: Vor 25 Jahren, Anfang Januar 1996, erklärte er den Tag der Befreiung des nationalsozialistischen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee zum Tag des Gedenkens an die Millionen von Menschen, die unter der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten entrecht, verfolgt und ermordet wurden. 2005 wurde der Tag auch international zum Holocaust-Gedenktag. Symbolhaft für den Terror der Nationalsozialisten stehe Auschwitz, die Erinnerung daran dürfe nicht enden, erklärte Herzog in seiner Proklamation. „Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“ Die Idee für die Einführung eines nationalen Gedenktages am 27. Januar stammt aber nicht von Herzog selbst, der von 1994 bis 1999 deutsches Staatsoberhaupt war,

sondern vom damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis. Dieser hatte sich seit 1994 mehrfach dafür ausgesprochen, einen Gedenktag für die Opfer des Holocaust einzuführen. Bubis' Vorschlag, den 27. Januar als nationalen Gedenktag zu begehnen, fand unter dem Eindruck der internationalen Gedenkfeiern anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes in Europa rasch überparteiliche Unterstützung.



Initiator des Gedenktages: Roman Herzog

Auf Bitten des Bundestages erklärte Bundespräsident Roman Herzog schließlich am 3. Januar 1996 den 27. Januar zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“. Seither werden als Zeichen der Erinnerung an diesen Tag die Flaggen an öffentlichen Gebäuden auf Halbmast gesetzt. In den Bundesländern erinnern die Landtage in Sondersitzungen mit Gedenkstunden an dieses dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. In vielen Städten hat sich darüber hinaus eine eigene Erinnerungskultur entwickelt, die unter anderem von Kirchen, Parteien, jüdischen Gemeinden und Schulen getragen wird.

Zeitzeugen berichten Im Zentrum der Feierlichkeiten steht jedoch die Gedenkstunde im Deutschen Bundestag, die zwar nicht in jedem Jahr genau am 27. Januar, aber doch in direkter zeitlicher Nähe zu diesem Datum stattfindet. Nach einer Rede des Bundestagspräsidenten ergreifen ein oder zwei Gastredner im Plenarsaal das Wort. In der Vergangenheit gehörten zu diesen Rednern sowohl die Bundespräsidenten Roman Herzog (1996 und 1999), Johannes Rau (2001), Horst Köhler (2009) und Joachim Gauck (2015) als auch die israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres (2010) und Reuven Rivlin (2020).

Besonders berührend waren stets jene Reden, in denen Zeitzeugen über ihr eigenes Er- und Überleben des Holocausts berichteten: So erinnerte etwa Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel im Jahr 2000 an das Schicksal der Juden, das der ermordeten Kinder und ihrer Mütter. Zoni Weisz rückte 2011 das Leid der Sinti und Roma, den „vergessenen Holocaust“, in den Blickpunkt. Der damals 95-jährige Daniil Granin erinnerte 2014 in einer bewegenden Rede an sein Überleben der Blockade von Leningrad, durch die mindestens 800.000 Menschen an Hunger gestorben sind. Anita Lasker-Wallfisch, die Auschwitz als Cellistin im Mädchen-Orchester des Lagers überlebte, berichtete 2018 von ihrer Kindheit, den Demütigungen durch die Nazis und der Deportation der Eltern. Die Geschichte als Mahnung zu begreifen – bewusst hatte Roman Herzog in seiner ersten Gedenkrede am 19. Januar 1996 erklärt, es gehe darum, „aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft“ werden zu lassen. „Wir wollen nicht unser Entsetzen konservieren. Wir wollen Lehren ziehen, die auch künftigen Generationen Orientierung sind“, so der Bundespräsident. Viele hätten sich damals schuldig gemacht, aber die entscheidende Aufgabe sei es heu-

te, eine Wiederholung zu verhindern. Besonders wichtig sei es, die jungen Menschen zu erreichen und ihren Blick dafür zu schärfen, woran man Rassismus und Totalitarismus erkenne. Im Kampf gegen „das Grundübel des 20. Jahrhunderts“ komme es auf eine rechtzeitige „Gegenwehr“ an, sagte Herzog und forderte: „Nicht erst aktiv zu werden, wenn sich die Schlinge schon um den eigenen Hals legt. Nicht abwarten, ob die Katastrophe vielleicht ausbleibt, sondern verhindern, dass sie überhaupt eine Chance bekommt, einzutreten.“ Knapp zehn Jahre nach Herzogs Proklamation bestimmte die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 31. Oktober 2005 den Tag auch zum „International Day of Commemoration in Memory of the Victims of the Holocaust“. Denn dieser Tag sei „eine wichtige Mahnung“, so formuliert es der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, „an die universelle Lektion des Holocaust“.

Sandra Schmid

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

